H 13614

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen · Teil I

2008	Ausgegeben zu Wiesbaden am 6. Oktober 2008	Nr. 18

Tag	Inhalt	Seite
30. 9. 08	**Gesetz zu dem Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag** ..... *Ändert GVBl. II Anhang Staatsverträge*	840
30. 9. 08	**Gesetz zur Einrichtung einer Härtefallkommission (Härtefallkommissionsgesetz – HFKG)** ..... *GVBl. II 310-109*	842
1. 10. 08	**Gesetz zur Änderung des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2007/2008 sowie zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften** ..... *Ändert GVBl. II 323-143, 323-59, 323-135*	844
30. 9. 08	**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hessische Steuerberaterversorgung** ..... *Ändert GVBl. II 50-35*	874
29. 9. 08	**Gesetz zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts (Fraspa-Gesetz)** ..... *Ändert GVBl. II 54-9, 54-51*	875
29. 9. 08	**Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (HAG/SGB XII)** ..... *Ändert GVBl. II 34-47*	881
22. 9. 08	Verordnung über Zuständigkeiten zum Europäischen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister ..... *GVBl. II 800-59*	882
22. 9. 08	Zweite Verordnung zur Änderung der Meldedaten-Übermittlungsverordnung ..... *Ändert GVBl. II 311-10*	883

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz zu dem Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag*)

Vom 30. September 2008

§ 1

Dem am 12. Juni 2008 unterzeichneten Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag wird zugestimmt.

§ 2

(1) Der Staatsvertrag wird nachstehend veröffentlicht.

(2) Er tritt nach seinem Art. 3 Abs. 2 Satz 1 am 1. Januar 2009 in Kraft. Sollte der Staatsvertrag nach seinem Art. 3 Abs. 2 Satz 2 gegenstandslos werden, ist dies im Gesetz- und Verordnungsblatt Teil I bekannt zu geben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 30. September 2008

Der Hessische Ministerpräsident
Koch

*) Ändert GVBl. II Anhang Staatsverträge

Elfter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Elfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
das Land Brandenburg,
die Freie Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein und
der Freistaat Thüringen

schließen nachstehenden Staatsvertrag:

Artikel 1

Änderung des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages

Der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag vom 31. August 1991, zuletzt geändert durch den Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag vom 31. Juli bis 10. Oktober 2006, wird wie folgt geändert:

1. § 8 wird wie folgt gefasst:

„§ 8

Höhe der Rundfunkgebühr

Die Höhe der Rundfunkgebühr wird monatlich wie folgt festgesetzt:

1. Die Grundgebühr: 5,76 Euro
2. Die Fernsehgebühr: 12,22 Euro."

2. § 9 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 wird die Prozentzahl „93,1373" durch die Prozentzahl „93,0219" und die Prozentzahl „6,8627" durch die Prozentzahl „6,9781" ersetzt.
   b) In Absatz 2 wird die Prozentzahl „61,0994" durch die Prozentzahl „60,5086" und die Prozentzahl „38,9006" durch die Prozentzahl „39,4914" ersetzt.
   c) In Absatz 3 Satz 3 wird der Betrag „145,96 Mio. Euro" ersetzt durch den Betrag „163,71 Mio. Euro".
3. § 17 wird wie folgt geändert:
   a) In Satz 3 wird das Datum „31. Dezember 2008" ersetzt durch das Datum „31. Dezember 2012".
   b) In Satz 4 wird das Datum „31. Dezember 2008" ersetzt durch das Datum „31. Dezember 2012".

Artikel 2

Änderung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages

In § 18 Abs. 1 Satz 2 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages vom 10. bis 27. September 2002, zuletzt geändert durch den Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag vom 19. Dezember 2007 wird das Datum „31. Dezember 2008" ersetzt durch das Datum „31. Dezember 2012".

Artikel 3

Kündigung, In-Kraft-Treten, Neubekanntmachung

(1) Für die Kündigung der in Artikel 1 und 2 geänderten Staatsverträge sind die dort vorgesehenen Kündigungsvorschriften maßgebend.

(2) Dieser Staatsvertrag tritt am 1. Januar 2009 in Kraft. Sind bis zum 31. Dezember 2008 nicht alle Ratifikationsurkunden bei der Staatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt, wird der Staatsvertrag gegenstandslos.

(3) Die Staatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz teilt den Ländern die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden mit.

(4) Die Länder werden ermächtigt, den Wortlaut des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages und des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages in der Fassung, die sich aus den Artikeln 1 und 2 ergibt, mit neuem Datum bekannt zu machen.

Berlin, den 12. Juni 2008

Für das Land Baden-Württemberg:	*Günther H. Oettinger*
Für den Freistaat Bayern:	*Günther Beckstein*
Für das Land Berlin:	*Klaus Wowereit*
Für das Land Brandenburg:	*Matthias Platzeck*
Für die Freie Hansestadt Bremen:	*Jens Böhrnsen*
Für die Freie und Hansestadt Hamburg:	*Ole von Beust*
Für das Land Hessen:	*R. Koch*
Für das Land Mecklenburg-Vorpommern:	*H. Ringstorff*
Für das Land Niedersachsen:	*Christian Wulff*
Für das Land Nordrhein-Westfalen:	*Jürgen Rüttgers*
Für das Land Rheinland-Pfalz:	*Kurt Beck*
Für das Saarland:	*Peter Müller*
Für den Freistaat Sachsen:	*St. Tillich*
Für das Land Sachsen-Anhalt:	*Böhmer*
Für das Land Schleswig-Holstein:	*Peter Harry Carstensen*
Für den Freistaat Thüringen:	*Dieter Althaus*

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz zur Einrichtung einer Härtefallkommission (Härtefallkommissionsgesetz – HFKG)*)

Vom 30. September 2008

§ 1

Einrichtung einer Härtefallkommission

Aufgrund von § 23a Abs. 2 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes in der Fassung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. März 2008 (BGBl. I S. 313), in Verbindung mit Art. 80 Abs. 4 des Grundgesetzes wird bei dem für das Aufenthaltsrecht der Ausländer zuständigen Ministerium eine Härtefallkommission eingerichtet.

§ 2

Zusammensetzung

(1) Die Härtefallkommission ist ein behördenunabhängiges Gremium, das sich aus

- je einer Vertreterin oder einem Vertreter der Katholischen Kirche und der Evangelischen Kirchen,
- zwei Vertreterinnen oder Vertretern der Liga der freien Wohlfahrtspflege,
- einer Vertreterin oder einem Vertreter des Hessischen Flüchtlingsrates,
- einer Vertreterin oder einem Vertreter von Amnesty International,
- einer Vertreterin oder einem Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH),
- einer Vertreterin der Beratungseinrichtungen für Frauen auf Vorschlag der Landesarbeitsgemeinschaft der hessischen Frauenbüros,
- einer Vertreterin oder einem Vertreter der Beratungseinrichtungen für Opfer von Menschenhandel auf Vorschlag der vom Land Hessen geförderten, auf diesem Gebiet tätigen Organisationen,
- zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Ministeriums nach § 1,
- einer Vertreterin oder einem Vertreter mit medizinischem Sachverstand auf Vorschlag der Landesärztekammer,
- jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter der drei kommunalen Spitzenverbände,
- einer Vertreterin oder einem Vertreter des Hessischen Sozialministeriums und
- einer Vertreterin oder einem Vertreter der zentralen Ausländerbehörden

zusammensetzt. Das Ministerium nach § 1 bestellt die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Härtefallkommission auf Vorschlag der entsendenden Institutionen für einen Zeitraum von zwei Jahren. Eine wiederholte Bestellung ist zulässig. Die Kommission soll paritätisch mit Frauen und Männern besetzt sein.

(2) Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz der Härtefallkommission obliegen den Vertreterinnen oder den Vertretern des Ministeriums nach § 1.

§ 3

Geschäftsstelle, Vorprüfungsausschuss und Verfahrensgrundsätze

(1) Die Geschäftsstelle der Härtefallkommission wird bei dem Ministerium nach § 1 eingerichtet.

(2) Es wird ein Vorprüfungsausschuss gebildet. Er setzt sich zusammen aus einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter der Geschäftsstelle und zwei durch die Kommission zu benennenden Mitgliedern. Es wird jeweils eine Stellvertretung benannt.

(3) Die Härtefallkommission beschließt über die Verfahrensgrundsätze und gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 4

Verfahren

(1) Die Härtefallkommission wird nur bei vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländerinnen und Ausländern tätig, für die eine hessische Ausländerbehörde zuständig ist. Bei Eingaben sind alle Gesichtspunkte darzulegen, die trotz einer bestehenden Ausreisepflicht die weitere Anwesenheit im Bundesgebiet aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen rechtfertigen könnten. Die Härtefallkommission wird ausschließlich im Wege der Selbstbefassung tätig. Dritte können nicht verlangen, dass die Härtefallkommission sich mit einem bestimmten Einzelfall befasst oder eine bestimmte Entscheidung trifft. Die Entscheidung für ein Härtefallersuchen setzt voraus, dass nach den Feststellungen der Härtefallkommission dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet rechtfertigen.

(2) Eingaben an die Härtefallkommission sollen in der Regel innerhalb von drei Monaten ab Eingang bei der Geschäftsstelle abschließend behandelt werden.

§ 5

Vorprüfung durch die Geschäftsstelle der Härtefallkommission

(1) Die Geschäftsstelle der Härtefallkommission führt eine Vorprüfung der Eingaben durch.

(2) Zur Vorprüfung bittet die Geschäftsstelle die zuständige Ausländerbehörde um Stellungnahme.

*) GVBl. II 310-109

(3) Nach der Vorprüfung entscheidet die Geschäftsstelle im Auftrag der Härtefallkommission, ergänzenden Vortrag anzuregen, die Eingabe der Härtefallkommission vorzulegen oder in den durch die Geschäftsordnung der Härtefallkommission bestimmten Fällen zu verwerfen.

(4) Aufgabe des Vorprüfungsausschusses nach § 3 ist es, in Zweifelsfällen oder Eilfällen im Rahmen der Vorprüfung zu entscheiden. Kommt kein einheitliches Votum zustande, legt der Vorprüfungsausschuss die Eingabe der Härtefallkommission vor.

§ 6

Zurückstellung aufenthaltsbeendender Maßnahmen

Die Geschäftsstelle ersucht die Ausländerbehörde, soweit erforderlich, bis zu einer abschließenden Entscheidung von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen abzusehen.

§ 7

Beschlussfassung der Härtefallkommission

(1) Die Härtefallkommission tagt in der Regel einmal im Monat. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Die Kommission ist beschlussfähig, wenn ihre Mitglieder ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen worden sind. Näheres regelt die Geschäftsordnung. Die Härtefallkommission trifft ihre Entscheidung mit der Mehrheit der gesetzlich bestimmten Mitglieder. Stimmberechtigt sind die Mitglieder, im Verhinderungsfall deren Vertreterinnen oder Vertreter.

(2) Von der Beschlussfassung ausgeschlossen sind Mitglieder, wenn die Tätigkeit oder die Entscheidung in der Angelegenheit ihnen selbst, ihren Ehegattinnen oder Ehegatten, ihren eingetragenen Lebenspartnerinnen oder Lebenspartnern, ihren Verwandten bis zum dritten oder Verschwägerten bis zum zweiten Grad oder einer von ihnen kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann.

(3) Die Kommission kann Personen anhören und darüber hinaus weitere Informationen einholen.

(4) Die Härtefallkommission entscheidet nach Abwägung aller für und gegen das Bestehen eines humanitären oder persönlichen Härtefalls sprechenden Gesichtspunkte. Sie richtet ein Ersuchen auf Erteilung oder Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis an das Ministerium nach § 1, wenn nach ihrer Ansicht dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere Anwesenheit der Ausländerin oder des Ausländers im Bundesgebiet rechtfertigen.

§ 8

Umsetzung der Ersuchen der Härtefallkommission

(1) Die Geschäftsstelle setzt unverzüglich die betroffene Person oder ihre Vertreterin oder ihren Vertreter, die zuständige Ausländerbehörde und das Ministerium nach § 1 über die Beschlussfassung in Kenntnis. Sie leitet ein Ersuchen nach § 7 Abs. 4 unverzüglich an das Ministerium nach § 1 weiter.

(2) Das Ministerium nach § 1 entscheidet über die Verlängerung oder Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis. Entspricht es dem Ersuchen der Härtefallkommission, ordnet es die Verlängerung oder Erteilung an. Will das Ministerium nach § 1 dem Ersuchen der Härtefallkommission nicht entsprechen, hat es vor einer abschließenden Entscheidung die Härtefallkommission über die Gründe für diese abweichende Entscheidung zu informieren. Die Geschäftsstelle unterrichtet die Mitglieder der Härtefallkommission.

§ 9

Rechtswegausschluss

Beschlüsse der Härtefallkommission unterliegen nicht der gerichtlichen Nachprüfung.

§ 10

Verschwiegenheitspflicht der Kommissionsmitglieder

Die Mitglieder der Härtefallkommission sind verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die mit der Mitgliedschaft in der Kommission zusammenhängen, Verschwiegenheit zu wahren.

§ 11

Aufhebung bisherigen Rechts

Die Verordnung zur Einrichtung einer Härtefallkommission nach § 23a des Aufenthaltsgesetzes vom 22. Februar 2005 (GVBl. I S. 105)[1]) wird aufgehoben.

§ 12

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 15. Oktober 2008 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 30. September 2008

Der Hessische Ministerpräsident
Koch

Der Hessische Minister des Innern und für Sport
Bouffier

[1]) Hebt auf GVBl. II 310-103

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz zur Änderung des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2007/2008 sowie zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften

Vom 1. Oktober 2008

Artikel 1[1])

Änderung des Hessischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2007/2008

Das Hessische Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2007/2008 vom 28. September 2007 (GVBl. I S. 602) wird wie folgt geändert:

1. Nach § 2 wird als § 2a eingefügt:

„§ 2a

Einmalzahlung im Jahr 2008

(1) Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter, die im Anwendungsbereich des Hessischen Beamtengesetzes an mindestens einem Tag im Monat September 2008 Anspruch auf Dienst- oder Anwärterbezüge haben, erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro. Beamtinnen und Beamte mit Anspruch auf Dienstbezüge aus einer Besoldungsgruppe bis einschließlich A 12 erhalten unter den gleichen Voraussetzungen die Einmalzahlung in Höhe von 150 Euro.

(2) Teilzeitbeschäftigte und begrenzt Dienstfähige (§ 51a des Hessischen Beamtengesetzes) erhalten die Einmalzahlung nach Abs. 1 entsprechend dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit. Maßgebend sind die am 1. September 2008 geltenden Verhältnisse. Entsteht der Anspruch auf Bezüge erst im Laufe des Monats September 2008, sind die Verhältnisse zu diesem Zeitpunkt maßgebend.

(3) Am 1. September 2008 vorhandene Empfängerinnen und Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen erhalten eine Einmalzahlung, die sich nach dem maßgebenden Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von 100 Euro ergibt. Abweichend hiervon erhalten Empfängerinnen und Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, die sich aus einer Besoldungsgruppe bis einschließlich A 12 bemessen, eine Einmalzahlung, die sich nach dem maßgebenden Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von 150 Euro berechnet. Bei Empfängerinnen und Empfängern von Mindestversorgungsbezügen gilt der jeweils maßgebende Mindestruhegehaltssatz.

(4) Am 1. September 2008 vorhandene Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen im Sinne des § 71 Abs. 2 des Beamtenversorgungsgesetzes erhalten als Einmalzahlung 60 Euro, Witwen, Witwer und versorgungsberechtigte geschiedene Ehegattinnen und Ehegatten 36 Euro, Empfängerinnen und Empfänger von Vollwaisengeld 12 Euro und Empfängerinnen und Empfänger von Halbwaisengeld 7 Euro. Abweichend hiervon erhalten die am 1. September 2008 vorhandenen Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen im Sinne des § 71 Abs. 2 des Beamtenversorgungsgesetzes als Einmalzahlung 90 Euro, Witwen, Witwer und versorgungsberechtigte geschiedene Ehegattinnen und Ehegatten 54 Euro, Empfängerinnen und Empfänger von Vollwaisengeld 18 Euro und Empfängerinnen und Empfänger von Halbwaisengeld 11 Euro, wenn sich die Versorgungsbezüge aus einer Besoldungsgruppe bis einschließlich A 12 bemessen. Satz 1 und 2 gelten nicht in den Fällen der Gewährung von Mindestversorgung.

(5) § 2 Abs. 5 gilt in den Fällen der Abs. 3 und 4 entsprechend.

(6) § 2 Abs. 6 bis 8 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass sich der Anspruch gegen den Dienstherrn richtet, der die Bezüge zum 1. September 2008 zu zahlen hat. Zahlungen nach § 4 des Tarifvertrages Einkommensverbesserung 2008 vom 13. Juni 2008 werden angerechnet.“

2. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Zum 1. Januar 2008 werden in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 und bei den Anwärterinnen und Anwärtern jeweils um 3 vom Hundert erhöht:

1. die Grundgehaltssätze,
2. der Familienzuschlag,
3. die Amtszulagen, auch soweit sie landesrechtlich geregelt sind, sowie die allgemeine Stellenzulage nach Nr. 27 der Vorbemerkungen der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz,
4. die Anwärtergrundbeträge,
5. die Grundgehaltssätze in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
6. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädi-

[1]) Ändert GVBl. II 323-143

gungen und anderen Bezüge nach Art. 14 § 4 Abs. 1 und § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322), geändert durch Gesetz vom 19. Februar 2006 (BGBl. I S. 334),

7. die Beträge der Amtszulagen nach Anlage 2 der Verordnung zur Überleitung in die im Zweiten Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern geregelten Ämter und über die künftig wegfallenden Ämter vom 1. Oktober 1975 (BGBl. I S. 2608), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 1997 (BGBl. I S. 590),

8. die Beträge nach § 4 der Verordnung über die Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3495), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. November 2004 (BGBl. I S. 2774).“

b) Als neuer Abs. 2 wird eingefügt:

„(2) Zum 1. April 2008 werden in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 jeweils um 3 vom Hundert erhöht:

1. die Grundgehaltssätze,
2. der Familienzuschlag,
3. die Amtszulagen, auch soweit sie landesrechtlich geregelt sind, sowie die allgemeine Stellenzulage nach Nr. 27 der Vorbemerkungen der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz,
4. die Grundgehaltssätze in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
5. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderen Bezüge nach Art. 14 § 4 Abs. 1 und § 5 des Reformgesetzes,
6. die Beträge der Amtszulagen nach Anlage 2 der Verordnung zur Überleitung in die im Zweiten Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern geregelten Ämter und über die künftig wegfallenden Ämter,
7. die Beträge nach § 4 der Verordnung über die Mehrarbeitsvergütung für Beamte.“

c) Als neuer Abs. 3 wird eingefügt:

„(3) Zum 1. April 2008 werden in den Besoldungsgruppen A 13 bis A 16 und in den Besoldungsgruppen der B-, R-, W- und C-Besoldung jeweils um 2,4 vom Hundert und zum 1. Juli 2008 um weitere 0,6 vom Hundert auf insgesamt 3 vom Hundert erhöht:

1. die Grundgehaltssätze,
2. der Familienzuschlag,
3. die Amtszulagen, auch soweit sie landesrechtlich geregelt sind, sowie die allgemeine Stellenzulage nach Nr. 27 der Vorbemerkungen der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz,
4. die Grundgehaltssätze
   a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
   b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
5. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
6. die in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach Nr. 1 und 2 und die allgemeine Stellenzulage nach Nr. 2 Buchst. b der Vorbemerkungen der Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung,
7. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderen Bezüge nach Art. 14 § 4 Abs. 1 und § 5 des Reformgesetzes,
8. die Beträge der Amtszulagen nach Anlage 2 der Verordnung zur Überleitung in die im Zweiten Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern geregelten Ämter und über die künftig wegfallenden Ämter,
9. die Beträge nach § 4 der Verordnung über die Mehrarbeitsvergütung für Beamte.“

d) Die bisherigen Abs. 2 und 3 werden Abs. 4 und 5.

e) In Abs. 4 neu wird „1. April 2008“ durch „1. Januar 2008“ und „2,04“ durch „2,55“ ersetzt.

f) Abs. 5 neu erhält folgende Fassung:

„(5) Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern gelten die Erhöhungen nach den Abs. 1 bis 3 entsprechend den den Versorgungsbezügen zugrunde liegenden Grundgehältern und für die in Art. 2 § 2 Abs. 1 bis 5 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1995 vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1942), geändert durch Gesetz vom 19. Februar 2006 (BGBl. I S. 334), genannten Bezügebestandteile sowie für die in § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 84 Abs. 1

Satz 1 Nr. 4, 5 und 7 des Bundesbesoldungsgesetzes aufgeführten Stellenzulagen und Bezüge. Satz 1 gilt für Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen der weggefallenen Besoldungsgruppe A 1 entsprechend. Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, werden nach Maßgabe der Abs. 1 bis 3 der den Versorgungsbezügen zugrunde liegenden Grundgehältern um 2,9 vom Hundert erhöht, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist. Satz 3 gilt entsprechend für

1. Hinterbliebene einer vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängerin oder eines vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängers,
2. Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind,
3. den Betrag nach Art. 13 § 2 Abs. 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967), aufgehoben durch Gesetz vom 19. Februar 2006 (BGBl. I S. 334).

Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt ab 1. Januar 2008 um 49,15 Euro, wenn ihren ruhegehaltsfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Nr. 27 Abs. 1 Buchst. a oder b der Vorbemerkungen der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat."

g) Als neuer Abs. 6 wird angefügt:

„(6) Bei der Anpassung nach diesem Gesetz handelt es sich um die vierte Anpassung im Sinne des § 69e Abs. 3 des Beamtenversorgungsgesetzes."

3. § 4 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Höhe der Besoldungen ab dem 1. Januar 2008, 1. April 2008 und 1. Juli 2008 ergibt sich aus den Anlagen 1 bis 7 zu diesem Gesetz."

Anlagen 1–7

4. § 5 wird wie folgt geändert:

Die Angabe „§ 3 Abs. 1 und 3" wird ersetzt durch „§ 3 Abs. 3 und 5".

5. Die Anlagen 1 bis 7 zu § 4 Abs. 2 erhalten die aufgrund der Regelungen des § 3 Abs. 1 bis 3 vom Ministerium des Innern und für Sport neu zu berechnenden Fassungen zu den Terminen 1. Januar 2008, 1. April 2008 und 1. Juli 2008.

Artikel 2[2])

Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes

In § 10 Satz 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes in der Fassung vom 25. Februar 1998 (GVBl. I S. 50), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2007 (GVBl. I S. 908), wird die Jahreszahl „2009" durch die Jahreszahl „2014" ersetzt.

Artikel 3[3])

Änderung des Hessischen Sonderzahlungsgesetzes

In § 12 Abs. 2 des Hessischen Sonderzahlungsgesetzes vom 22. Oktober 2003 (GVBl. I S. 280), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juli 2004 (GVBl. I S. 250), wird die Jahreszahl „2009" durch die Jahreszahl „2014" ersetzt.

Artikel 4

Bestimmung der Deckung

Die aufgrund des Art. 1 entstehenden finanziellen Mehrbelastungen im Haushaltsjahr 2008 von insgesamt 36,6 Millionen Euro werden wie folgt gedeckt:

1. Mehreinnahmen durch Grundstücksveräußerungen des Landesbetriebs Hessisches Immobilienmanagement (Kap. 06 13 - 131 01) in Höhe von 2,8 Millionen Euro,
2. Minderausgaben beim Zuschuss für Baumaßnahmen des Landesbetriebs Hessisches Immobilienmanagement (Kap. 06 13 - 891 01) in Höhe von 13,5 Millionen Euro,
3. Mehreinnahmen bei Geldstrafen und Geldbußen im Bereich der Staatsanwaltschaften (Kap. 05 03 - 112) in Höhe von 12,3 Millionen Euro,
4. Minderausgaben bei den Erstattungen nach dem Landesaufnahmegesetz (Kap. 08 05 - 633) in Höhe von 4,0 Millionen Euro und
5. Minderausgaben bei den Erstattungen an den Landeswohlfahrtsverband für die Verwaltungskosten im Bereich des Maßregelvollzugs (Kap. 08 07 - 633) in Höhe von 4,0 Millionen Euro.

[2]) Ändert GVBl. II 323-59
[3]) Ändert GVBl. II 323-135

Artikel 5

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 1. Oktober 2008

Der Hessische Ministerpräsident
Koch

Der Hessische Minister
des Innern und für Sport
Bouffier

Anlage 1 zu § 4 HBVAnpG 2007/2008
(ersetzt Anlage IV BBesG)

1. Besoldungsordnung A

Gültig ab 1. April 2008 bis 30. Juni 2008 für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16:

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus					3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus		
	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2	1.509,98	1.546,43	1.582,91	1.619,37	1.655,84	1.692,32	1.728,80					
A 3	1.572,96	1.611,76	1.650,55	1.689,35	1.728,17	1.766,98	1.805,79					
A 4	1.608,67	1.654,38	1.700,04	1.745,75	1.791,43	1.837,12	1.882,79					
A 5	1.621,68	1.680,18	1.725,63	1.771,07	1.816,54	1.861,98	1.907,44	1.952,89				
A 6	1.660,08	1.709,99	1.759,90	1.809,80	1.859,70	1.909,61	1.959,53	2.009,43	2.059,33			
A 7	1.733,04	1.777,89	1.840,69	1.903,48	1.966,27	2.029,08	2.091,89	2.136,72	2.181,57	2.226,44		
A 8		1.841,61	1.895,26	1.975,74	2.056,21	2.136,68	2.217,18	2.270,82	2.324,46	2.378,13	2.431,76	
A 9		1.962,08	2.014,87	2.100,76	2.186,64	2.272,53	2.358,43	2.417,46	2.476,52	2.535,56	2.594,61	
A 10		2.114,15	2.187,51	2.297,54	2.407,60	2.517,64	2.627,69	2.701,05	2.774,41	2.847,75	2.921,11	
A 11			2.437,06	2.549,81	2.662,56	2.775,33	2.888,09	2.963,26	3.038,42	3.113,62	3.188,79	3.263,95
A 12			2.620,95	2.755,39	2.889,81	3.024,25	3.158,68	3.248,30	3.337,91	3.427,53	3.517,17	3.606,78
A 13			2.950,10	3.095,28	3.240,45	3.385,61	3.530,77	3.627,55	3.724,33	3.821,11	3.917,90	4.014,67
A 14			3.070,37	3.258,63	3.446,88	3.635,12	3.823,37	3.948,86	4.074,36	4.199,86	4.325,37	4.450,87
A 15						3.997,46	4.204,43	4.370,01	4.535,58	4.701,16	4.866,74	5.032,31
A 16						4.415,07	4.654,43	4.845,94	5.037,45	5.228,92	5.420,42	5.611,92

Gültig ab 1. Januar 2008 für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 8
Gültig ab 1. April 2008 für die Besoldungsgruppen A 9 bis A 12
Gültig ab 1. Juli 2008 für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16:

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus					3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus		
	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2	1.518,83	1.555,50	1.592,18	1.628,86	1.665,54	1.702,24	1.738,93					
A 3	1.582,17	1.621,20	1.660,23	1.699,25	1.738,30	1.777,34	1.816,37					
A 4	1.618,10	1.664,08	1.710,01	1.755,97	1.801,92	1.847,88	1.893,82					
A 5	1.631,18	1.690,02	1.735,75	1.781,45	1.827,18	1.872,89	1.918,61	1.964,33				
A 6	1.669,81	1.720,01	1.770,21	1.820,40	1.870,59	1.920,80	1.971,01	2.021,20	2.071,39			
A 7	1.743,19	1.788,31	1.851,48	1.914,64	1.977,80	2.040,97	2.104,15	2.149,24	2.194,35	2.239,49		
A 8		1.852,40	1.906,37	1.987,31	2.068,26	2.149,20	2.230,17	2.284,13	2.338,08	2.392,06	2.446,01	
A 9		1.973,57	2.026,68	2.113,07	2.199,45	2.285,85	2.372,24	2.431,62	2.491,03	2.550,41	2.609,81	
A 10		2.126,54	2.200,33	2.311,00	2.421,71	2.532,39	2.643,08	2.716,87	2.790,66	2.864,44	2.938,23	
A 11			2.451,34	2.564,75	2.678,16	2.791,59	2.905,01	2.980,62	3.056,23	3.131,86	3.207,47	3.283,07
A 12			2.636,31	2.771,53	2.906,74	3.041,97	3.177,19	3.267,34	3.357,47	3.447,62	3.537,78	3.627,92
A 13			2.967,39	3.113,41	3.259,44	3.405,45	3.551,46	3.648,81	3.746,15	3.843,50	3.940,85	4.038,20
A 14			3.088,36	3.277,73	3.467,07	3.656,42	3.845,77	3.972,00	4.098,24	4.224,47	4.350,71	4.476,95
A 15						4.020,88	4.229,07	4.395,62	4.562,16	4.728,71	4.895,26	5.061,80
A 16						4.440,94	4.681,70	4.874,33	5.066,96	5.259,56	5.452,18	5.644,80

2. Besoldungsordnung B

Gültig ab 1. April 2008 bis 30. Juni 2008

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-guppe	
B 1	5.032,31
B 2	5.854,20
B 3	6.202,13
B 4	6.566,55
B 5	6.984,65
B 6	7.379,47
B 7	7.763,53
B 8	8.163,82
B 9	8.660,83
B 10	10.204,25
B 11	10.602,05

Gültig ab 1. Juli 2008

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	
B 1	5.061,80
B 2	5.888,50
B 3	6.238,47
B 4	6.605,03
B 5	7.025,58
B 6	7.422,71
B 7	7.809,02
B 8	8.211,65
B 9	8.711,58
B 10	10.264,04
B 11	10.664,17

3. Besoldungsordnung W

Gültig ab 1. April 2008 bis 30. Juni 2008:

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	W 1	W 2	W 3
	3.487,07	3.983,39	4.836,98

Gültig ab 1. Juli 2008:

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	W 1	W 2	W 3
	3.507,50	4.006,73	4.865,32

4. Besoldungsordnung R

Gültig ab 1. April 2008 bis 30. Juni 2008:

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lebensalter											
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	3.168,19	3.313,37	3.389,80	3.586,93	3.784,07	3.981,20	4.178,35	4.375,49	4.572,62	4.769,77	4.966,90	5.164,05
R 2			3.861,70	4.058,84	4.255,97	4.453,12	4.650,26	4.847,40	5.044,54	5.241,66	5.438,81	5.635,92

R 3	6.202,13
R 4	6.566,55
R 5	6.984,65
R 6	7.379,47
R 7	7.763,53
R 8	8.163,82
R 9	8.660,83
R 10	10.644,25

Gültig ab 1. Juli 2008:

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Lebensalter											
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	3.186,76	3.332,78	3.409,66	3.607,95	3.806,24	4.004,53	4.202,83	4.401,13	4.599,41	4.797,72	4.996,00	5.194,31
R 2			3.884,33	4.082,62	4.280,91	4.479,21	4.677,51	4.875,80	5.074,10	5.272,37	5.470,68	5.668,94

R 3	6.238,47
R 4	6.605,03
R 5	7.025,58
R 6	7.422,71
R 7	7.809,02
R 8	8.211,65
R 9	8.711,58
R 10	10.706,62

Anlage 2 zu § 4 HBVAnpG 2007/2008
(ersetzt Anlage V BBesG)

F a m i l i e n z u s c h l a g

Gültig ab 1. April 2008 bis 30. Juni 2008 für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16 sowie die BesO B, R, W und C:

(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG)	**Stufe 2** (§ 40 Abs. 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	102,66	194,86
übrige Besoldungsgruppen	107,82	200,02

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 92,21 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 287,31 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,23 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je	26,17 Euro
in der Besoldungsgruppe A 4 um je	20,94 Euro
in der Besoldungsgruppe A 5 um je	15,71 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

F a m i l i e n z u s c h l a g

Gültig ab 1. Januar 2008 für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 8
Gültig ab 1. April 2008 für die Besoldungsgruppen A 9 bis A 12
Gültig ab 1. Juli 2008 für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16
sowie die BesO B, R, W und C:

(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG)	**Stufe 2** (§ 40 Abs. 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	103,26	196,01
übrige Besoldungsgruppen	108,44	201,19

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 92,75 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 289,00 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,26 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je	26,33 Euro
in der Besoldungsgruppe A 4 um je	21,06 Euro
in der Besoldungsgruppe A 5 um je	15,80 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anlage 3 a zu § 4 HBVAnpG 2007/2008
(ersetzt Anlage VI a BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	900,04	1.062,20	1.226,54	1.389,79	1.554,12	1.718,45	1.880,62	2.046,05	2.207,12	2.371,99	2.535,79	2.698,49
A 9	1.058,40	1.234,16	1.408,82	1.584,58	1.761,44	1.936,67	2.112,44	2.288,73	2.463,96	2.639,73	2.814,95	2.990,71
A 10	1.194,43	1.378,90	1.560,66	1.743,49	1.925,78	2.109,17	2.291,45	2.473,75	2.655,49	2.837,79	3.021,17	3.203,48
A 11	1.300,55	1.492,08	1.681,99	1.872,46	2.062,91	2.252,83	2.443,83	2.634,27	2.825,27	3.015,19	3.205,65	3.395,56
A 12	1.448,02	1.649,90	1.851,22	2.053,67	2.254,99	2.457,97	2.659,31	2.861,73	3.063,07	3.265,50	3.467,92	3.669,81
A 13 und C 1	1.592,22	1.802,81	2.011,75	2.221,81	2.431,30	2.641,36	2.851,41	3.060,90	3.271,50	3.480,43	3.691,04	3.900,54
A 14	1.739,14	1.956,25	2.173,37	2.391,05	2.608,16	2.825,82	3.042,95	3.259,52	3.476,63	3.694,30	3.910,87	4.127,45
A 15, C 2 und R 1	1.943,20	2.177,73	2.412,27	2.646,78	2.881,33	3.116,40	3.350,39	3.586,01	3.820,55	4.055,63	4.290,16	4.524,69
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.053,10	2.299,62	2.546,12	2.792,09	3.039,67	3.285,10	3.531,60	3.778,11	4.024,61	4.271,66	4.517,62	4.763,58
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.053,10	2.308,33	2.566,25	2.824,19	3.082,13	3.341,14	3.599,07	3.857,55	4.115,48	4.373,96	4.631,90	4.889,83
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.260,99	2.547,21	2.833,45	3.119,14	3.405,35	3.691,57	3.977,27	4.262,95	4.549,72	4.834,86	5.120,55	5.407,87
B 8 und höher, R 8 und höher	2.422,07	2.745,28	3.067,43	3.390,66	3.713,36	4.036,58	4.360,35	4.683,04	5.006,29	5.328,96	5.652,19	5.974,88

Anlage 3 b zu § 4 HBVAnpG 2007/2008
(ersetzt Anlage VI b BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	765,64	903,29	1.042,05	1.181,37	1.321,77	1.460,53	1.598,74	1.738,60	1.876,25	2.016,65	2.155,42	2.293,63
A 9	898,95	1.049,14	1.197,16	1.346,81	1.498,07	1.646,62	1.796,27	1.945,92	2.094,47	2.244,11	2.392,67	2.541,23
A 10	1.015,41	1.172,67	1.327,21	1.482,29	1.637,93	1.792,47	1.948,09	2.103,18	2.256,63	2.412,27	2.568,44	2.722,97
A 11	1.105,74	1.267,89	1.429,51	1.591,67	1.753,82	1.915,99	2.077,60	2.239,76	2.400,84	2.562,45	2.725,16	2.885,69
A 12	1.229,80	1.402,31	1.573,70	1.745,11	1.917,62	2.089,03	2.259,90	2.431,85	2.604,34	2.775,76	2.947,72	3.119,14
A 13 und C 1	1.353,87	1.532,35	1.709,74	1.888,77	2.066,72	2.245,21	2.423,69	2.601,63	2.781,21	2.958,60	3.137,09	3.315,56
A 14	1.478,48	1.662,96	1.846,87	2.032,99	2.216,91	2.401,38	2.585,31	2.770,33	2.955,34	3.139,80	3.324,27	3.508,19
A 15, C 2 und R 1	1.651,53	1.850,68	2.049,86	2.250,10	2.450,36	2.648,43	2.847,59	3.048,38	3.248,10	3.447,25	3.646,42	3.846,66
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.744,58	1.954,08	2.163,58	2.373,63	2.582,59	2.792,09	3.002,13	3.211,09	3.421,14	3.631,73	3.840,15	4.049,63
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.744,58	1.962,24	2.181,55	2.400,84	2.619,59	2.839,44	3.059,26	3.278,56	3.497,87	3.717,15	3.936,45	4.155,77
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.922,52	2.164,67	2.407,90	2.651,15	2.894,39	3.137,63	3.380,87	3.624,11	3.866,80	4.110,58	4.352,72	4.596,53
B 8 und höher, R 8 und höher	2.058,57	2.333,37	2.608,16	2.882,41	3.157,76	3.430,93	3.705,74	3.979,99	4.254,78	4.529,04	4.803,84	5.078,66

Anlage 3 c zu § 4 HBVAnpG 2007/2008
(ersetzt Anlage VI c BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	630,68	743,32	859,23	972,96	1.088,31	1.202,59	1.316,87	1.432,22	1.545,41	1.660,77	1.775,05	1.889,33
A 9	740,62	863,03	986,02	1.108,45	1.233,61	1.356,05	1.479,03	1.602,02	1.724,99	1.846,87	1.970,41	2.093,39
A 10	836,92	965,33	1.092,66	1.221,10	1.348,43	1.476,86	1.604,18	1.731,52	1.859,95	1.986,73	2.114,07	2.243,02
A 11	910,92	1.043,71	1.177,57	1.310,88	1.444,73	1.576,97	1.710,30	1.843,61	1.977,47	2.109,71	2.244,11	2.376,89
A 12	1.013,24	1.154,70	1.295,65	1.438,21	1.578,60	1.720,09	1.862,11	2.002,50	2.143,99	2.286,02	2.427,49	2.569,52
A 13 und C 1	1.114,44	1.261,37	1.407,73	1.554,67	1.702,14	1.848,50	1.995,44	2.142,36	2.289,83	2.436,20	2.583,67	2.730,06
A 14	1.217,82	1.369,65	1.520,92	1.672,74	1.826,20	1.978,03	2.129,84	2.281,66	2.433,48	2.585,31	2.737,13	2.889,50
A 15, C 2 und R 1	1.359,86	1.523,66	1.688,54	1.853,41	2.017,21	2.182,08	2.345,88	2.510,22	2.674,56	2.838,89	3.003,22	3.167,01
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.437,13	1.609,62	1.781,58	1.954,08	2.127,67	2.300,17	2.471,57	2.644,62	2.817,12	2.990,71	3.162,65	3.334,63
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.437,13	1.615,06	1.796,27	1.976,93	2.157,59	2.339,34	2.518,92	2.699,03	2.880,24	3.061,45	3.241,56	3.422,77
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.582,96	1.782,67	1.983,46	2.183,72	2.383,42	2.583,67	2.784,46	2.984,17	3.184,98	3.384,13	3.584,93	3.785,72
B 8 und höher, R 8 und höher	1.695,05	1.921,43	2.147,26	2.373,63	2.600,00	2.826,37	3.052,20	3.278,56	3.503,85	3.730,23	3.956,58	4.182,41

Anlage 3 d zu § 4 HBVAnpG 2007/2008
(ersetzt Anlage VI d BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG)

> Unterkunft und Verpflegung <

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	441,32	520,76	600,77	681,29	761,82	841,82	921,27	1.002,88	1.081,26	1.162,88	1.242,31	1.322,85
A 9	518,04	604,01	690,00	775,97	863,03	949,01	1.035,54	1.121,52	1.206,95	1.292,93	1.379,99	1.464,34
A 10	586,06	675,84	765,11	854,33	944,12	1.033,91	1.123,70	1.212,93	1.301,64	1.390,33	1.480,10	1.569,36
A 11	636,66	731,36	823,86	917,46	1.010,52	1.104,09	1.197,16	1.290,75	1.384,34	1.477,40	1.570,45	1.663,50
A 12	709,04	808,08	908,20	1.006,16	1.105,18	1.203,68	1.303,26	1.402,31	1.501,34	1.599,84	1.698,85	1.797,91
A 13 und C 1	779,78	882,63	985,47	1.088,87	1.191,17	1.294,02	1.397,42	1.500,26	1.603,10	1.705,94	1.808,79	1.911,63
A 14	852,69	958,81	1.064,92	1.172,12	1.278,23	1.384,90	1.490,99	1.597,11	1.703,22	1.809,88	1.916,54	2.022,63
A 15, C 2 und R 1	952,28	1.067,09	1.181,91	1.296,74	1.411,55	1.525,82	1.642,28	1.757,64	1.871,91	1.987,28	2.102,09	2.217,44
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.006,16	1.126,95	1.247,21	1.367,47	1.489,37	1.609,62	1.730,43	1.851,22	1.972,58	2.093,39	2.213,64	2.333,90
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.006,16	1.130,76	1.257,56	1.384,34	1.510,04	1.636,28	1.764,18	1.889,86	2.016,65	2.142,36	2.270,24	2.396,49
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.107,92	1.247,77	1.388,16	1.528,55	1.668,40	1.808,79	1.949,18	2.089,03	2.229,42	2.369,26	2.509,67	2.648,97
B 8 und höher, R 8 und höher	1.186,81	1.344,62	1.503,52	1.661,31	1.819,68	1.978,03	2.136,37	2.294,19	2.453,63	2.610,88	2.769,23	2.928,13

Anlage 3 e zu § 4 HBVAnpG 2007/2008
(ersetzt Anlage VI e BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG)

> Unterkunft oder Verpflegung <

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	536,00	631,77	730,26	826,57	924,52	1.021,94	1.119,89	1.217,82	1.313,61	1.411,55	1.508,41	1.606,35
A 9	629,59	734,06	838,54	943,04	1.048,60	1.151,99	1.257,56	1.361,49	1.465,97	1.570,45	1.674,39	1.778,86
A 10	710,67	820,05	928,33	1.037,71	1.146,01	1.255,38	1.363,13	1.471,95	1.579,69	1.688,54	1.797,91	1.906,20
A 11	773,80	887,52	1.001,26	1.114,44	1.227,08	1.340,27	1.454,53	1.567,18	1.680,92	1.794,10	1.907,29	2.020,48
A 12	861,41	981,67	1.101,93	1.221,65	1.341,34	1.461,61	1.582,43	1.702,14	1.823,48	1.943,20	2.062,91	2.183,72
A 13 und C 1	947,39	1.072,55	1.196,60	1.322,32	1.446,92	1.570,98	1.696,15	1.821,30	1.946,46	2.071,08	2.196,23	2.320,84
A 14	1.035,00	1.165,05	1.292,93	1.422,44	1.551,40	1.681,45	1.809,88	1.938,83	2.068,36	2.197,86	2.326,29	2.456,87
A 15, C 2 und R 1	1.155,79	1.295,08	1.434,94	1.574,80	1.715,20	1.854,49	1.993,81	2.133,67	2.273,51	2.412,81	2.552,65	2.691,96
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.221,65	1.367,47	1.514,95	1.661,31	1.808,24	1.954,62	2.101,55	2.247,94	2.394,85	2.541,23	2.688,15	2.834,53
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.221,65	1.373,46	1.525,82	1.680,92	1.833,81	1.988,35	2.141,26	2.294,72	2.449,26	2.602,19	2.755,63	2.909,09
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.345,16	1.515,49	1.685,81	1.856,14	2.025,37	2.196,77	2.366,56	2.536,87	2.706,10	2.876,99	3.047,28	3.217,61
B 8 und höher, R 8 und höher	1.442,02	1.633,03	1.826,20	2.017,74	2.209,84	2.401,92	2.594,55	2.786,64	2.977,64	3.170,29	3.362,36	3.555,54

Anlage 3 f zu § 4 HBVAnpG 2007/2008
(ersetzt Anlage VI f BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	997,45	1.166,68	1.334,29	1.504,06	1.670,03	1.839,27	2.008,50	2.177,73	2.345,88	2.513,48	2.681,62	2.851,41
A 9	1.168,30	1.348,43	1.530,71	1.709,74	1.890,43	2.070,54	2.250,64	2.432,38	2.612,51	2.792,63	2.974,38	3.155,04
A 10	1.321,22	1.508,95	1.696,15	1.882,79	2.069,98	2.257,73	2.444,89	2.632,64	2.820,92	3.007,03	3.194,77	3.382,51
A 11	1.438,21	1.634,11	1.831,10	2.026,99	2.223,98	2.420,97	2.616,87	2.813,31	3.010,29	3.206,74	3.403,72	3.599,63
A 12	1.598,74	1.806,61	2.013,93	2.221,26	2.428,59	2.635,90	2.843,24	3.051,10	3.258,43	3.465,75	3.673,07	3.880,40
A 13 und C 1	1.758,72	1.975,30	2.191,33	2.407,90	2.625,02	2.840,52	3.057,10	3.274,21	3.491,33	3.706,82	3.923,39	4.141,05
A 14	1.920,34	2.143,46	2.367,64	2.591,29	2.815,48	3.040,23	3.263,33	3.486,99	3.710,08	3.934,27	4.157,39	4.382,67
A 15, C 2 und R 1	2.146,18	2.389,95	2.633,19	2.876,42	3.119,14	3.362,36	3.606,15	3.849,39	4.092,64	4.335,32	4.577,47	4.822,34
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.276,22	2.530,89	2.786,64	3.042,39	3.295,98	3.551,19	3.805,30	4.061,07	4.315,73	4.570,40	4.826,17	5.080,83
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.276,76	2.545,03	2.812,76	3.080,49	3.348,23	3.615,94	3.884,20	4.151,94	4.419,67	4.687,40	4.955,68	5.222,85
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.538,51	2.832,90	3.126,74	3.421,68	3.716,06	4.010,45	4.304,84	4.599,79	4.893,63	5.188,56	5.482,96	5.777,90
B 8 und höher, R 8 und höher	2.737,67	3.070,15	3.403,17	3.736,20	4.068,69	4.400,63	4.734,19	5.066,14	5.398,62	5.732,18		

Anlage 3 g zu § 4 HBVAnpG 2007/2008
(ersetzt Anlage VI g BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	856,51	997,99	1.141,64	1.283,68	1.426,80	1.570,45	1.712,47	1.856,14	1.999,24	2.140,72	2.284,93	2.425,87
A 9	1.000,16	1.151,99	1.308,72	1.461,08	1.613,97	1.767,44	1.920,34	2.072,71	2.226,17	2.380,15	2.533,06	2.686,51
A 10	1.131,31	1.292,38	1.451,82	1.612,90	1.772,87	1.931,78	2.092,30	2.251,19	2.412,81	2.572,24	2.731,69	2.892,75
A 11	1.234,16	1.401,22	1.568,27	1.735,87	1.902,93	2.070,54	2.237,59	2.405,73	2.572,79	2.739,85	2.907,45	3.075,04
A 12	1.372,92	1.548,14	1.724,43	1.900,21	2.076,51	2.251,74	2.428,05	2.604,34	2.780,65	2.955,88	3.131,64	3.307,40
A 13 und C 1	1.510,59	1.694,52	1.877,90	2.061,82	2.246,30	2.429,68	2.613,07	2.796,44	2.981,46	3.164,83	3.348,23	3.532,15
A 14	1.648,26	1.837,08	2.026,99	2.217,44	2.407,37	2.597,28	2.787,19	2.976,01	3.166,47	3.356,92	3.546,29	3.736,75
A 15, C 2 und R 1	1.843,08	2.049,31	2.254,99	2.461,77	2.668,57	2.874,80	3.080,49	3.286,18	3.493,50	3.699,75	3.905,98	4.111,67
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.955,17	2.171,75	2.387,77	2.604,34	2.820,38	3.036,96	3.252,45	3.469,02	3.685,05	3.901,64	4.117,67	4.333,70
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.960,06	2.186,97	2.414,44	2.641,89	2.868,82	3.096,27	3.323,74	3.551,19	3.778,11	4.006,12	4.233,56	4.459,95
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.185,89	2.435,67	2.687,07	2.936,83	3.187,69	3.436,92	3.687,23	3.937,54	4.188,39	4.438,71	4.688,48	4.939,35
B 8 und höher, R 8 und höher	2.361,12	2.642,98	2.926,49	3.207,83	3.491,33	3.773,20	4.055,63	4.338,04	4.620,45	4.902,34		

Anlage 3 h zu § 4 HBVAnpG 2007/2008
(ersetzt Anlage VI h BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	716,66	835,82	951,74	1.069,82	1.186,81	1.303,82	1.421,33	1.538,89	1.656,96	1.773,96	1.890,96	2.008,50
A 9	838,54	965,33	1.092,66	1.217,82	1.345,16	1.472,49	1.599,28	1.727,71	1.855,05	1.981,84	2.109,17	2.236,50
A 10	948,47	1.078,52	1.210,21	1.339,18	1.470,31	1.600,93	1.732,07	1.863,19	1.993,25	2.124,94	2.253,91	2.384,51
A 11	1.032,82	1.172,12	1.309,79	1.448,02	1.586,77	1.724,43	1.863,19	2.000,33	2.139,09	2.277,32	2.415,52	2.554,28
A 12	1.147,63	1.293,46	1.439,84	1.585,14	1.730,43	1.875,72	2.021,55	2.166,29	2.313,22	2.458,52	2.604,34	2.749,09
A 13 und C 1	1.264,63	1.413,73	1.565,01	1.715,73	1.866,47	2.016,11	2.165,75	2.317,02	2.467,23	2.617,40	2.768,14	2.918,34
A 14	1.381,08	1.537,26	1.692,34	1.847,43	2.003,60	2.159,77	2.315,94	2.471,03	2.627,75	2.783,92	2.939,01	3.095,18
A 15, C 2 und R 1	1.543,79	1.714,65	1.884,43	2.054,76	2.225,07	2.395,94	2.566,25	2.736,58	2.906,90	3.077,23	3.248,63	3.418,42
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.639,02	1.817,49	1.995,44	2.175,01	2.352,96	2.531,44	2.711,00	2.888,94	3.067,43	3.245,37	3.425,49	3.603,98
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.643,36	1.831,10	2.018,30	2.205,48	2.393,21	2.580,41	2.768,14	2.955,34	3.143,07	3.330,26	3.518,53	3.705,19
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.836,54	2.042,79	2.247,94	2.454,17	2.659,31	2.865,01	3.070,15	3.276,39	3.481,53	3.686,68	3.892,93	4.098,07
B 8 und höher, R 8 und höher	1.986,73	2.219,63	2.454,17	2.687,61	2.920,50	3.154,50	3.387,93	3.620,28	3.854,82	4.088,82		

Anlage 3 i zu § 4 HBVAnpG 2007/2008
(ersetzt Anlage VI i BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

Auslandskinderzuschlag (§ 56 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro je Kind)

Besoldungs-gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	nach § 56 Abs. 1 Nr. 2 BBesG
A 2 bis A 16													
B 1 bis B 11	130,05	149,11	168,68	186,64	206,78	225,84	244,33	263,38	282,41	302,01	321,05	338,47	130,05

Anlage 4 zu § 4 HBVAnpG 2007/2008

(ersetzt Anlage VIII BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

Anwärtergrundbetrag

(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamt, in das die Anwärterin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	730,28
A 5 bis A 8	842,19
A 9 bis A 11	892,23
A 12	1.021,78
A 13	1.051,25
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1083,62

Anlage 5 zu § 4 HBVAnpG 2007/2008
(ersetzt Anlage IX BBesG)

Gültig ab 1. April 2008 bis 30. Juni 2008 für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16 sowie die BesO B und R:

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

(Monatsbeträge)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsgesetz		
§ 44	bis zu	104,71
§ 48 Abs. 2	bis zu	104,71
§ 78	bis zu	78,53
Bundesbesoldungsordnungen A und B		
V o r b e m e r k u n g e n		
Nummer 2 Abs. 2		130,89
Nummer 5		
Die Zulage beträgt für		
Beamte der Besoldungsgruppen A 5 und A 6		36,65
Beamte der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9		52,36
Beamte des gehobenen und höheren Dienstes		78,53
Nummer 5a		
Abs. 1		
Buchstabe a		94,24
Buchstabe b		157,07
Buchstabe c		225,14
Abs. 2		
Nr. 1 Buchstabe a		141,36
Buchstabe b		104,71
Nr. 2 Buchstabe a		104,71
Buchstabe b		41,88
Nr. 3		68,07
Nr. 4 und 5		62,83
Nr. 8 Buchstabe a		130,89
Buchstabe b		68,07
Nummer 6 Abs. 1		
Buchstabe a		471,20
Buchstabe b		376,97
Buchstabe c		301,57
Nummer 6 a		104,71

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Nummer 8		
Die Zulage beträgt		
für Beamte der Besoldungsgruppen		
A 2 bis A 5		117,80
A 6 bis A 9		157,07
A 10 und höher		196,33
Nummer 9		
Die Zulage beträgt		
nach einer Dienstzeit		
von einem Jahr		65,22
von zwei Jahren		130,44
Nummer 10 Abs. 1		
Die Zulage beträgt		
nach einer Dienstzeit		
von einem Jahr		65,22
von zwei Jahren		130,44
Nummer 12		97,82
Nummer 13a	bis zu	78,53
Nummer 13c		
Die Zulage beträgt		
für Beamte der Besoldungsgruppen		
A 2 bis A 7		47,12
A 8 bis A 11		62,83
A 12 bis A 15		73,30
A 16 und höher		94,24
Nummer 21		181,74
Nummer 25		39,27
Nummer 26 Abs. 1		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes		17,46
des gehobenen Dienstes		39,27

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 27		
Abs. 1		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe aa		16,77
Doppelbuchstabe bb		65,62
Buchstabe b		72,93
Buchstabe c		72,93
Abs. 2		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe bb		48,87
Buchstabe b und c		72,93
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 2	1	31,32
	2	18,16
	3	57,77
A 3	1, 5	57,77
	2	31,32
A 4	1, 4	57,77
	2	31,32
A 5	3	31,32
	4, 6	57,77
A 6	6	31,32
A 7	5	50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 9	3, 6	233,23
	7	8 v. H. des Endgrundgehalts der Besoldungsgruppe A 9
A 12	7, 8	135,46
A 13	7	162,50
	11, 12, 13	237,02
A 14	5	162,50
A 15	7	162,50

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung R		
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	179,66
R 2	3 bis 8, 10	179,66
R 3	3	179,66
Hessisches Besoldungsgesetz		
Besoldungsordnung A und B		
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 10	3	257,14
A 12	2	135,46
A 13	1	162,50
	3	81,29
	4	162,50
A 14	2	162,50
	4	108,34
A 15	1	162,50
B 9	1	673,29

Gültig ab 1. Januar 2008 für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 8
Gültig ab 1. April 2008 für die Besoldungsgruppen A 9 bis A 12
Gültig ab 1. Juli 2008 für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16 sowie die BesO B und R:

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

(Monatsbeträge)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		
§ 44	bis zu	105,33
§ 48 Abs. 2	bis zu	105,33
§ 78	bis zu	78,99
Bundesbesoldungsordnungen A und B		
V o r b e m e r k u n g e n		
Nummer 2 Abs. 2		131,65
Nummer 5		
Die Zulage beträgt für		
Beamte der Besoldungsgruppen A 5 und A 6		36,86
Beamte der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9		52,66
Beamte des gehobenen und höheren Dienstes		78,99
Nummer 5a		
Abs. 1		
Buchstabe a		94,79
Buchstabe b		157,99
Buchstabe c		226,46
Abs. 2		
Nr. 1 Buchstabe a		142,19
Buchstabe b		105,33
Nr. 2 Buchstabe a		105,33
Buchstabe b		42,13
Nr. 3		68,46
Nr. 4 und 5		63,20
Nr. 8 Buchstabe a		131,65
Buchstabe b		68,46
Nummer 6 Abs. 1		
Buchstabe a		473,96
Buchstabe b		379,17
Buchstabe c		303,34
Nummer 6 a		105,33

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 8		
Die Zulage beträgt		
für Beamte der Besoldungsgruppen		
A 2 bis A 5		118,49
A 6 bis A 9		157,99
A 10 und höher		197,48
Nummer 9		
Die Zulage beträgt		
nach einer Dienstzeit		
von einem Jahr		65,60
von zwei Jahren		131,20
Nummer 10 Abs. 1		
Die Zulage beträgt		
nach einer Dienstzeit		
von einem Jahr		65,60
von zwei Jahren		131,20
Nummer 12		98,40
Nummer 13a	bis zu	78,99
Nummer 13c		
Die Zulage beträgt		
für Beamte der Besoldungsgruppen		
A 2 bis A 7		47,40
A 8 bis A 11		63,20
A 12 bis A 15		73,73
A 16 und höher		94,79
Nummer 21		182,80
Nummer 25		39,50
Nummer 26 Abs. 1		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes		17,56
des gehobenen Dienstes		39,50

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 27		
Abs. 1		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe aa		16,87
Doppelbuchstabe bb		66,00
Buchstabe b		73,36
Buchstabe c		73,36
Abs. 2		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe bb		49,15
Buchstabe b und c		73,36
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 2	1	31,51
	2	18,26
	3	58,11
A 3	1, 5	58,11
	2	31,51
A 4	1, 4	58,11
	2	31,51
A 5	3	31,51
	4, 6	58,11
A 6	6	31,51
A 7	5	50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 9	3, 6	234,59
	7	8 v. H. des Endgrundgehalts der Besoldungsgruppe A 9
A 12	7, 8	136,26
A 13	7	163,45
	11, 12, 13	238,40
A 14	5	163,45
A 15	7	163,45

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung R		
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	180,71
R 2	3 bis 8, 10	180,71
R 3	3	180,71
Hessisches Besoldungsgesetz		
Besoldungsordnung A und B		
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 10	3	258,64
A 12	2	136,26
A 13	1	163,45
	3	81,76
	4	163,45
A 14	2	163,45
	4	108,97
A 15	1	163,45
B 9	1	677,24

Anlage 6 zu § 4 HBVAnpG 2007/2008

(ersetzt die Beträge aus § 4 Abs.1 und 3 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte [MVergV] in der Fassung vom 3. Dezember 1998 [BGBl. I S. 3495], zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. November 2004 [BGBl. I S. 2774])

Mehrarbeitsvergütung

Gültig ab 1. April 2008 bis 30. Juni 2008 für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16:

(Beträge in Euro)

§ 4 Abs. 1 MVergV	
Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 4	10,20
A 5 bis A 8	12,05
A 9 bis A 12	16,54
A 13 bis A 16	22,80
§ 4 Abs. 3 MVergV	
Nummer 1	15,39
Nummer 2	19,07
Nummer 3	22,64
Nummern 4 und 5	26,45

Mehrarbeitsvergütung

Gültig ab 1. Januar 2008 für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 8
Gültig ab 1. April 2008 für die Besoldungsgruppen A 9 bis A 12
Gültig ab 1. Juli 2008 für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16:

(Beträge in Euro)

§ 4 Abs. 1 MVergV	
Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 4	10,26
A 5 bis A 8	12,12
A 9 bis A 12	16,63
A 13 bis A 16	22,94
§ 4 Abs. 3 MVergV	
Nummer 1	15,48
Nummer 2	19,18
Nummer 3	22,77
Nummern 4 und 5	26,60

Anlage 7 zu § 4 HBVAnpG 2007/2008
(ersetzt Anlage I der Bekanntmachungdes BMI vom 10. September 2003, BGBl. I S. 1843)

Besoldungsordnung C

Gültig ab 1. April 2008 bis 30. Juni 2008:

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	2.756,55	2.853,34	2.950,10	3.046,88	3.143,68	3.240,45	3.337,22	3.433,99	3.530,77	3.627,55	3.724,33	3.821,11	3.917,90	4.014,67	
C 2	2.762,58	2.916,81	3.071,06	3.225,30	3.379,53	3.533,76	3.688,00	3.842,22	3.996,46	4.150,69	4.304,91	4.459,15	4.613,38	4.767,62	4.921,86
C 3	3.042,07	3.216,70	3.391,34	3.565,99	3.740,62	3.915,26	4.089,89	4.264,52	4.439,16	4.613,81	4.788,43	4.963,07	5.137,70	5.312,34	5.486,97
C 4	3.864,23	4.039,78	4.215,34	4.390,89	4.566,46	4.742,00	4.917,56	5.093,09	5.268,64	5.444,20	5.619,76	5.795,30	5.970,85	6.146,41	6.321,96

Gültig ab 1. Juli 2008:

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	2.772,70	2.870,05	2.967,39	3.064,73	3.162,10	3.259,44	3.356,77	3.454,12	3.551,46	3.648,81	3.746,15	3.843,50	3.940,85	4.038,20	
C 2	2.778,76	2.933,90	3.089,05	3.244,20	3.399,33	3.554,47	3.709,61	3.864,74	4.019,87	4.175,01	4.330,13	4.485,28	4.640,41	4.795,56	4.950,70
C 3	3.059,89	3.235,55	3.411,22	3.586,88	3.762,54	3.938,21	4.113,85	4.289,51	4.465,17	4.640,84	4.816,49	4.992,15	5.167,81	5.343,46	5.519,12
C 4	3.886,87	4.063,45	4.240,04	4.416,62	4.593,21	4.769,79	4.946,37	5.122,93	5.299,51	5.476,10	5.652,69	5.829,25	6.005,84	6.182,42	6.359,00

Gültig ab 1. April 2008 bis 30. Juni 2008:

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

(Monatsbeträge)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen		**Bundesbesoldungsordnung C** Vorbemerkungen		**Bundesbesoldungsordnung C** Vorbemerkungen		
Nummer 2b	72,93	Nummer 3 Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)	Nummer 5 wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2		210,47 235,60
		für Beamte der Besoldungsgruppe(n) C 1 C 2 C 3 und C 4	 A 13 A 15 B 3	Besoldungsgruppe C 2	Fußnote 1	 106,82
				*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)		

Gültig ab 1. Juli 2008:

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

(Monatsbeträge)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkung		**Bundesbesoldungsordnung C** Vorbemerkung		**Bundesbesoldungsordnung C** Vorbemerkung		
Nummer 2b	73,36	Nummer 3 Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)	Nummer 5 wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2		211,71 236,98
		für Beamte der Besoldungsgruppe(n) C 1 C 2 C 3 und C 4	 A 13 A 15 B 3	Besoldungsgruppe C 2	Fußnote 1	 107,45
				*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)		

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hessische Steuerberaterversorgung*)

Vom 30. September 2008

Artikel 1

Das Gesetz über die Hessische Steuerberaterversorgung vom 13. Dezember 2001 (GVBl. I S. 578) wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

   a) Abs. 2 erhält folgende Fassung:

      „(2) Von der Mitgliedschaft ausgenommen ist, wer nach § 16 auf Antrag von der Mitgliedschaft befreit wurde oder die Mitgliedschaft nicht beantragt hat."

   b) Abs. 3 Satz 1 erhält folgende Fassung:

      „Auf Antrag wird von der Mitgliedschaft befreit, wer aufgrund einer durch Gesetz angeordneten oder einer auf Gesetz beruhenden Verpflichtung Mitglied einer öffentlich-rechtlichen Versorgungseinrichtung eines anderen Berufsstandes geworden ist und seine Mitgliedschaft aufrechterhält."

   c) In Abs. 4 Satz 6 werden die Worte „vor Vollendung des 45. Lebensjahres" gestrichen.

2. § 8 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

   Nr. 4 wird gestrichen.

   Die bisherigen Nr. 5 bis 7 werden die Nr. 4 bis 6.

3. In § 9 Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „vier" durch „drei" ersetzt.

4. Dem § 13 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

   „Das Versorgungswerk trägt die Kosten der Rechtsaufsicht."

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2009 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 30. September 2008

Der Hessische Ministerpräsident
Koch

Der Hessische Minister der Finanzen
Weimar

*) Ändert GVBl. II 50-35

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts (Fraspa-Gesetz)

Vom 29. September 2008

Artikel 1[1])

Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes

Das Hessische Sparkassengesetz in der Fassung vom 24. Februar 1991 (GVBl. I S. 78), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. März 2007 (GVBl. I S. 252), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt neu gefasst:

„Inhaltsübersicht

I. Sparkassen

§ 1 Rechtsnatur und Errichtung

§ 2 Aufgaben

§ 3 Trägerschaft und Haftung

§ 4 Organe

§ 5 Verwaltungsrat

§ 5a Zusammensetzung des Verwaltungsrates

§ 5b Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates und des Stiftungsvorstandes

§ 5c Wählbarkeit als Verwaltungsratsmitglied

§ 5d Vorsitz im Verwaltungsrat, Rechtsstellung, Pflichten und vorzeitige Beendigung des Amtes der Mitglieder

§ 6 Kreditausschuss und Bilanzausschuss

§ 7 Vorstand

§ 8 Bestellung und Anstellung der Mitglieder des Vorstandes und von Stellvertretern

§ 9 Personalverwaltung der Sparkassen

§ 10 Satzungen

§ 11 Beanstandung

§ 12 Sachverständige

§ 13 Sparkassenbuch-Kraftloserklärung

§ 14 Liquidität

§ 15 Jahresabschluss

§ 16 Überschüsse

§ 17 Vereinigung von Sparkassen

§ 17a Übertragung von Sparkassen, Begründung einer stillen Einlage

§ 17b Übertragung von Sparkassen, Gewährung von Anteilsrechten

§ 17c Sparkassen-Holding

§ 17d Organstruktur bei Bildung einer Trägerversammlung

§ 18 Neuordnung der Sparkassen bei Gebietsänderungen der Träger

§ 19 Auflösung

§ 20 Staatsaufsicht

II. Besondere Vorschriften für Sparkassen bei Aufnahme von Genussrechtskapital oder bei stiller Beteiligung Privater

1. Sparkassen mit Genussrechtskapital

§ 21 Aufnahme von Genussrechtskapital

2. Sparkassen mit stiller Beteiligung Privater

§ 22 Stille Beteiligung Privater

§ 23 Verwaltungsrat

§ 24 Versammlung der Beteiligten

§ 25 Delegiertenversammlung

§ 26 Vereinigung, Neuordnung und Auflösung von Sparkassen

3. Weitere Bestimmungen

§ 27 Nähere Bestimmungen durch Satzung

§ 28 Geltung des Teils I

III. Besondere Vorschriften für die Nassauische Sparkasse

§ 29 Geltung von Bestimmungen

§ 30 Übergang der Gewährträgerschaft auf einen Zweckverband

IV. Sparkassen- und Giroverband und Girozentrale

§ 31 Verhältnis zu anderen Rechtsvorschriften

V. Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 32 Haftung des Trägers ab dem 19. Juli 2005

[1]) Ändert GVBl. II 54-9

§ 33 Fortführung des Stammkapitals

§ 34 Bezirkssparkassen

§ 35 Versorgungslast

§ 36 Aufhebung entgegenstehenden Rechts

§ 37 Rechts- und Verwaltungsvorschriften

§ 38 Inkrafttreten“

2. § 1 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Gemeindeverbände“ ein Komma und die Worte „öffentlich-rechtliche Stiftungen im Sinne des § 18 Abs. 4 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. September 2007 (GVBl. I S. 546)“ eingefügt.

b) Als Abs. 4 wird angefügt:

„(4) Sofern die Satzung dies vorsieht, kann der Verwaltungsrat mit Zustimmung des Trägers oder der Träger beschließen, dass ausschließlich zum Zwecke der vollständigen oder teilweisen Übertragung von Sparkassen auf öffentlich-rechtliche Stiftungen, Sparkassen mit Sitz in Hessen, kommunale Träger nach Abs. 1, die Landesbank Hessen-Thüringen – Girozentrale – oder eine Sparkassen-Holding öffentlich-rechtliche Trägeranteile gebildet werden. Im Rahmen der Übertragung auf eine öffentlich-rechtliche Stiftung sind die Trägeranteile als Stiftungsvermögen der Stiftung festzulegen. Das Stiftungsvermögen ist auf Dauer an den Stiftungszweck gebunden. Das Stiftungsvermögen und die Trägeranteile dürfen weder vom kommunalen Träger noch von der Aufsichtsbehörde für andere Zwecke eingesetzt werden; Übertragungen nach Satz 1 bleiben unberührt.“

3. § 2 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 wird als Satz 3 angefügt:

„Sie fördern die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich.“

b) Als Abs. 4 bis 6 werden angefügt:

„(4) Die Sparkassen sollen nach Maßgabe der Mustersatzung jeder Einwohnerin und jedem Einwohner im Gebiet ihres Trägers auf Verlangen ein Girokonto auf Guthabenbasis einrichten.

(5) Die Sparkassen sind grundsätzlich verpflichtet, jede Existenzgründerin und jeden Existenzgründer im Gebiet ihres Trägers zu beraten. Sie betreuen bei dem Zugang zu Förderkrediten und kooperieren mit den Förderbanken von Land und Bund.

(6) Die Geschäfte der Sparkassen sind unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.“

4. § 3 Abs. 4 wird aufgehoben.

5. § 5b wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates und des Stiftungsvorstandes“

b) Abs. 1 Satz 1 bis 3 wird durch folgenden Satz ersetzt:

„Die Mitglieder des Verwaltungsrates nach § 5a Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 Nr. 2 werden für die Dauer der Wahlperiode nach den für den Träger geltenden Vorschriften von der Vertretungskörperschaft des Trägers gewählt, soweit nachstehend nichts anderes bestimmt ist.“

c) Als neuer Abs. 2 wird eingefügt:

„(2) Vor der Wahl der Verwaltungsratsmitglieder nach § 5a Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 Nr. 2 findet in der Vertretungskörperschaft des Trägers oder deren zuständigem Ausschuss eine Anhörung der zur Wahl stehenden Personen statt.“

d) Die bisherigen Abs. 2 und 3 werden Abs. 3 und 4.

e) Als neuer Abs. 5 wird angefügt:

„(5) Bei Stiftungen nach § 1 Abs. 4 wird der Stiftungsvorstand von der Vertretungskörperschaft des kommunalen Trägers bestellt. Er besteht aus mindestens neun und nicht mehr als fünfzehn Mitgliedern. Im Übrigen bleibt das Hessische Stiftungsgesetz unberührt.“

6. § 5d wird wie folgt geändert:

a) Als neue Abs. 4 bis 7 werden eingefügt:

„(4) Die Verwaltungsratsmitglieder sollen sich regelmäßig über aktuelle Entwicklungen im Kreditwesen fortbilden. Die Kosten für die Teilnahme an vom Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen anerkannten Fortbildungsveranstaltungen trägt die Sparkasse.

(5) Jedes Verwaltungsratsmitglied kann Anträge zur Ergänzung der Tagesordnung der Sitzungen des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse stellen.

(6) Auf Antrag von mindestens einem Drittel der Verwaltungsratsmitglieder ist innerhalb von drei Wochen eine Sitzung des Verwaltungsrates einzuberufen. Auf Antrag von mindestens einem Drittel der Ausschussmitglieder ist innerhalb von drei Wochen eine Sitzung des Ausschusses einzuberufen.

(7) Auf Antrag von mindestens einem Drittel der Verwaltungsratsmitglieder sind zu einzelnen Sitzungen des Verwaltungsrates oder seiner Ausschüsse externe Sachverständige hinzuzuziehen."

b) Die bisherigen Abs. 4 bis 7 werden Abs. 8 bis 11.

7. § 15 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Abs. 1.

b) Als Abs. 2 bis 4 werden angefügt:

„(2) Der Lagebericht hat den Anforderungen des § 289 des Handelsgesetzbuches zu genügen. Die Sparkasse fügt dem Lagebericht einen statistischen Bericht über die Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 2 bei.

(3) Auf die Veröffentlichung der Bezüge der Vorstandsmitglieder im Anhang sind die für börsennotierte Aktiengesellschaften geltenden Bestimmungen des § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches entsprechend anzuwenden.

(4) Kurzfassungen des Jahresabschlusses sowie des Lageberichts werden in den Geschäftsräumen der Sparkasse ausgelegt. Den Kundinnen und Kunden ist Einsicht in den vollständigen Jahresabschluss und Lagebericht zu gewähren."

8. § 16 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Der im Jahresabschluss ausgewiesene und um einen Verlustvortrag aus dem Vorjahr geminderte Jahresüberschuss wird mindestens zu einem Drittel den Rücklagen zugeführt. Soweit der verbliebene Betrag nicht zur weiteren Stärkung der Rücklagen benötigt wird, können aus ihm in angemessenem Umfang Abführungen an den Träger erfolgen. Über die Höhe der Abführung beschließt der Verwaltungsrat auf der Grundlage eines Vorschlages des Vorstandes. Besteht eine Trägerversammlung, so beschließt diese nach Anhörung des Verwaltungsrates auf der Grundlage eines Vorschlages des Vorstandes. Mehrere Träger sind entsprechend der Trägeranteile an der Abführung beteiligt."

9. § 16 Abs. 5 wird aufgehoben.

10. Nach § 17 wird eingefügt:

„§ 17a

Übertragung von Sparkassen, Begründung einer stillen Einlage

(1) Die Träger nach § 1 Abs. 2 und 4 können nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze die Sparkasse durch öffentlich-rechtlichen Vertrag auf Träger nach § 1 Abs. 4 übertragen. Für eine teilweise Übertragung können Trägeranteile gebildet werden. Eine Sparkasse kann nicht auf eine Sparkasse übertragen werden, die unmittelbar und mehrheitlich in der Trägerschaft einer Sparkasse steht.

(2) Der oder die übertragenden Träger der Sparkasse werden als stille Gesellschafter an dem übernehmenden Träger oder der Sparkasse beteiligt.

(3) Nach der Übertragung führt der übernehmende Träger beide Sparkassen als Träger fort; Abs. 1 Satz 2 sowie die Haftung nach § 32 bleiben unberührt.

(4) In dem Vertrag kann vorgesehen werden, dass nach der Übertragung bis zu einem Drittel der nach § 5a Abs. 1 Nr. 1 und 2 und Abs. 2 Nr. 1 und 2 der übertragenen Sparkasse angehörenden Verwaltungsratsmitglieder von dem übertragenden Träger vorgeschlagen werden.

(5) Der Vertrag kann nähere Einzelheiten der Übertragung bestimmen und bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen ist zu hören. Zeitpunkt und Ausgestaltung der Übertragung werden im Staatsanzeiger für das Land Hessen bekannt gegeben.

§ 17b

Übertragung von Sparkassen, Gewährung von Anteilsrechten

(1) Die Träger nach § 1 Abs. 2 und 4 können nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze die Sparkasse durch öffentlich-rechtlichen Vertrag auf Träger nach § 1 Abs. 4 übertragen. § 17a Abs. 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(2) Dem Träger oder den Trägern der Sparkasse, deren Anteile übertragen werden, werden Anteile, Trägerschaften oder Mitgliedschaften an dem übernehmenden Träger gewährt. Sie nimmt insoweit am wirtschaftlichen Erfolg des übernehmenden Trägers teil. § 17a Abs. 2 bleibt unberührt.

(3) Nach der Übertragung führen der oder die Träger die Sparkassen mit anteiligen Rechten und Pflichten. Die Haftung nach § 32 bleibt unberührt.

(4) Wenn keine anderen vertraglichen Regelungen getroffen werden, werden die Verwaltungsratsmitglie-

der beider Sparkassen anteilig von den Trägern vorgeschlagen.

(5) § 17a Abs. 5 gilt entsprechend.

§ 17c

Sparkassen-Holding

(1) Benachbarte Träger von Sparkassen oder die von benachbarten Trägern nach § 1 Abs. 4 gegründeten Stiftungen können abweichend von den §§ 17 bis 17b eine Holding als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts gründen und die von ihnen getragenen Sparkassen auf die Holding übertragen. Für eine teilweise Übertragung können Trägeranteile gebildet werden. Die Haftung nach § 32 bleibt unberührt.

(2) Die Holding hat einen Vorstand, dem die Geschäftsführung der Holding obliegt, einen Verwaltungsrat und eine Trägerversammlung. Weitere Einzelheiten über die Aufgaben, Befugnisse, Vertretung und Rechtsverhältnisse der Holding sowie über die Zusammensetzung, Aufgaben und Befugnisse ihrer Gremien werden in einem von den Trägern der Holding zu erlassenden Statut bestimmt. Die Gründung einer Holding ist von der Aufsichtsbehörde zu genehmigen. § 17b Abs. 4 gilt entsprechend.

(3) Die Träger der Frankfurter Sparkasse, der Nassauischen Sparkasse, der Taunussparkasse und der Stadtsparkasse Offenbach können eine Sparkassen-Holding Rhein-Main gründen und die von ihnen getragenen Sparkassen auf diese übertragen. Für eine teilweise Übertragung können Trägeranteile gebildet werden. Die Haftung nach § 32 bleibt unberührt. Die Gründung der Sparkassen-Holding Rhein-Main erfordert die Übertragung von Trägeranteilen von mindestens zwei der in Satz 1 genannten Sparkassen.

(4) Den Trägern nach Abs. 3 können stille Beteiligungen oder Anteile an ihnen oder an der Sparkassen-Holding Rhein-Main gewährt werden.

(5) § 20 Abs. 1, 3 und 4 sowie Abs. 6 bis 9 gelten für eine Holding nach Abs. 1 und 3 mit der Maßgabe entsprechend, dass das für das Sparkassenwesen zuständige Ministerium Aufsichtsbehörde ist.

§ 17d

Organstruktur bei Bildung einer Trägerversammlung

(1) In den Verträgen nach § 17a Abs. 1 und § 17b Abs. 1 kann die Bildung einer Trägerversammlung vorgesehen werden. Sie ist die Vertretung der Träger. Wird eine Trägerversammlung gebildet, gelten die nachstehenden Vorschriften.

(2) Die Trägerversammlung ist zuständig für

1. die Wahl des Vorsitzenden des Verwaltungsrates und der weiteren sachkundigen Mitglieder des Verwaltungsrates,
2. die Vorschläge an den Verwaltungsrat zur Bestellung der Vorstandsmitglieder und Stellvertreter mit Sitz und Stimme, zur Berufung des Vorstandsvorsitzenden sowie zur Bestellung der Stellvertreter für den Verhinderungsfall nach § 8 Abs. 4 und 5,
3. den Erlass und die Änderung der Satzung nach § 10,
4. die Entgegennahme des Jahresabschlusses und den Beschluss über die Gewinnabführung nach § 15 und § 16 Abs. 3,
5. den Beschluss über die Vereinigung von Sparkassen nach § 17 sowie
6. den Beschluss über die Auflösung der Sparkasse nach § 19.

Die Aufgaben des Verwaltungsrates bleiben unberührt.

(3) Jeder Träger entsendet mindestens einen, im Falle kommunaler Träger mindestens fünf Vertreter in die Trägerversammlung. Die Vertreter kommunaler Träger werden von der Vertretungskörperschaft des Trägers gewählt; § 5b Abs. 2 gilt entsprechend. Das Stimmrecht in der Trägerversammlung richtet sich nach den Trägeranteilen. Die Vertreter jedes Trägers können ihr Stimmrecht nur einheitlich ausüben. Dabei entscheidet die Mehrheit der entsandten Vertreter des jeweiligen Trägers, wie die Stimme abgegeben wird. Stimmengleichheit wird als Enthaltung gewertet. Das Nähere regelt die Satzung der Sparkasse.

(4) Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, weiteren sachkundigen Mitgliedern und Dienstkräften. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrates richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften, sofern nicht nachfolgend Abweichendes bestimmt wird. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates sowie die weiteren sachkundigen Mitglieder werden von der Trägerversammlung für die Wahlperiode gewählt, die der Wahlperiode der Vertretungskörperschaft oder des Verwaltungsrates des mehrheitlich an der Sparkasse beteiligten Trägers entspricht. Die weiteren sachkundigen Mitglieder können dem Träger, dessen Träger oder Trägern oder gesellschaftlich relevanten Gruppen angehören.

(5) Im öffentlich-rechtlichen Vertrag nach § 17a Abs. 1 und § 17b Abs. 1 kann, insbesondere bei vollständiger oder mehrheitlicher Übertragung der Sparkasse, vereinbart werden, dass

1. die Trägerversammlung als eines der weiteren sachkundigen Mitglieder des Verwaltungsrates den Vorsitzenden der Verwaltung des übertragenden oder eines anderen Trägers wählen soll;
2. die Bestellung und Wiederbestellung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Vorstandes der Sparkasse im Benehmen mit dem Vorsitzenden der Verwaltung des übertragenden oder eines anderen Trägers erfolgen soll.

Übertragen mehrere Träger ihre Sparkasse vollständig oder mehrheitlich oder wird eine Zweckverbandssparkasse vollständig übertragen, so gilt Satz 1 entsprechend für einen der Vorsitzenden der Verwaltungen der übertragenden Träger oder Verbandsmitglieder oder eines anderen Trägers. In den Fällen nach Satz 1 und 2 kann auch vereinbart werden, dass als Stellvertreter im Verhinderungsfall jeweils der Stellvertreter des Vorsitzenden der Verwaltung im Hauptamt gewählt werden soll.

(6) Die Trägerversammlung kann binnen drei Monaten nach dem Zeitpunkt der Übertragung der Sparkasse beschließen, dass

1. bei Fortbestehen des bisherigen Verwaltungsrates der übertragenen Sparkasse weitere Mitglieder des Verwaltungsrates für die restliche Laufzeit des Verwaltungsrates hinzugewählt werden,
2. die oder einzelne weitere sachkundige Mitglieder des Verwaltungsrates oder der Vorsitzende des Verwaltungsrates ihr Amt vorzeitig beenden und für die restliche Laufzeit des Verwaltungsrates der übertragenen Sparkasse neu gewählt werden oder dass
3. der Verwaltungsrat der übertragenen Sparkasse insgesamt aufgelöst und neu gewählt wird.

Die erhöhte Anzahl von Mitgliedern des Verwaltungsrates nach Satz 1 Nr. 1 bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde."

11. Abschnitt II wird aufgehoben. Die bisherigen Abschnitte III bis VI werden Abschnitte II bis V.

12. Als neuer § 33 wird eingefügt:

„§ 33

Fortführung des Stammkapitals

Nach § 3 Abs. 4 des Hessischen Sparkassengesetzes in der Fassung vom 24. Februar 1991 (GVBl. I S. 78), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. März 2007 (GVBl. I S. 252), gebildetes Stammkapital kann in der bestehenden Höhe fortgeführt werden. Das bestehende Stammkapital kann durch Beschluss des Verwaltungsrates zum Zwecke der vollständigen oder teilweisen Übertragung von Sparkassen in Trägeranteile umgewandelt werden. Die Kommunalaufsichtsbehörden sind nicht befugt, im Rahmen der Aufsicht über die Haushaltswirtschaft der Gemeinden und Gemeindeverbände zu verlangen, dass Träger von Sparkassen bereits gebildetes Stammkapital veräußern."

13. Die bisherigen §§ 33 bis 37 werden §§ 34 bis 38.

Artikel 2[2])

Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts (Fraspa-Gesetz)

Das Gesetz zur Errichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts (Fraspa-Gesetz) vom 14. Mai 2007 (GVBl. I S. 283), geändert durch Gesetz vom 12. Dezember 2007 (GVBl. I S. 855), wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Träger der Sparkasse können nur hessische Gemeinden, Gemeindeverbände, öffentlich-rechtliche Stiftungen im Sinne des § 18 Abs. 4 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. September 2007 (GVBl. I S. 546), Gemeinschaftssparkassen und kommunale Zweckverbände sowie Sparkassen mit Sitz in Hessen und die Landesbank Hessen-Thüringen – Girozentrale – sein. Die Sparkasse kann Träger von Sparkassen mit Sitz in Hessen, deren Geschäftsgebiet an das der Sparkasse angrenzt, sein und ist berechtigt, Unternehmensverträge im Sinne des Aktiengesetzes und vergleichbare Verträge mit einem Träger zu schließen, der am Stammkapital der Sparkasse mehrheitlich beteiligt ist."

2. § 5 Abs. 4 wird wie folgt geändert:
   a) In Satz 1 wird die Angabe „§ 20a Abs. 1 bis 3" durch die Angabe „§§ 17a bis 17c" ersetzt.
   b) In Satz 2 wird die Angabe „§ 20b Abs. 5 und 6" durch die Angabe „§ 17d Abs. 5 und 6" ersetzt.

3. § 14 Abs. 1 Satz 2 wird gestrichen.

[2]) Ändert GVBl. II 54-51

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 29. September 2008

Der Hessische Ministerpräsident
Koch

Der Hessische Minister
für Wirtschaft, Verkehr und
Landesentwicklung
Dr. Rhiel

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (HAG/SGB XII)*)

Vom 29. September 2008

Artikel 1

Das Hessische Ausführungsgesetz zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (HAG/SGB XII) in der Fassung vom 20. Dezember 2004 (GVBl. I S. 488), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 2006 (GVBl. I S. 666), wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
   a) Nr. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
      „für die Leistungen nach dem Sechsten bis Achten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, sofern diese nicht in einer Einrichtung zur stationären oder teilstationären Betreuung oder in einer betreuten Wohnmöglichkeit für behinderte Menschen nach Kapitel Sechs des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch gewährt werden."
   b) Das Komma am Ende von Nr. 3 wird durch einen Punkt ersetzt und Nr. 4 wird gestrichen.
2. Nach § 3a wird als § 3b eingefügt:

„§ 3b

Fachkommission für betreute Wohnmöglichkeiten behinderter Menschen

Zur Begleitung des quantitativen und qualitativen Ausbaus ambulant betreuter Wohnmöglichkeiten für behinderte Menschen soll eine Fachkommission eingerichtet werden, die Empfehlungen zu grundsätzlichen Fragen, insbesondere zur Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Trägern und dem überörtlichen Träger und zur Gewährleistung landesweit einheitlicher Hilfestandards, geben kann. Sie soll die Auswirkungen des landesweiten Ausbaus ambulant betreuter Wohnmöglichkeiten fortlaufend analysieren und evaluieren. Einrichtung, Zusammensetzung und Konkretisierung der Aufgaben der Fachkommission werden in Vereinbarungen zwischen dem Hessischen Sozialministerium, dem Hessischen Landkreistag, dem Hessischen Städtetag und dem Landeswohlfahrtsverband Hessen geregelt. Die Träger von Angeboten für behinderte Menschen in Hessen sollen in der Fachkommission angemessen vertreten sein."

3. In § 14 Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „und § 2 Abs. 1 Nr. 4 am 1. Januar 2009" gestrichen.
4. § 14 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2012 außer Kraft."

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 29. September 2008

Der Hessische Ministerpräsident
Koch

Die Hessische Sozialministerin
Lautenschläger

*) Ändert GVBl. II 34-47

Verordnung über Zuständigkeiten zum Europäischen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister*)

Vom 22. September 2008

Aufgrund

1. des § 1 des Gesetzes zur Bestimmung von Zuständigkeiten vom 3. April 1998 (GVBl. I S. 98), geändert durch Gesetz vom 16. Oktober 2006 (GVBl. I S. 510), und
2. des § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 603), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. August 2007 (BGBl. I S. 1786),

wird verordnet

§ 1

(1) Zuständige Behörde

1. nach dem Gesetz zur Ausführung des Protokolls über Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister vom 21. Mai 2003 sowie zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 166/2006 vom 6. Juni 2007 (BGBl. I S. 1002) und
2. für die Qualitätssicherung nach Art. 9 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 166/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2006 über die Schaffung eines Europäischen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregisters und zur Änderung der Richtlinien 91/689/EWG und 96/61/EG des Rates (ABl. EU Nr. L 33 S. 1)

ist das Regierungspräsidium.

(2) Abweichend von Abs. 1 Nr. 1 ist das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie zuständig für die Festlegung des Formats sowie die Zusammenfassung, die Bearbeitung und die anschließende Übermittlung der Informationen an das Umweltbundesamt nach § 3 Abs. 1 Satz 2, § 5 Abs. 1 und § 8 Abs. 3 des Gesetzes zur Ausführung des Protokolls über Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister vom 21. Mai 2003 sowie zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 6/2006.

§ 2

Zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 7 des Gesetzes zur Ausführung des Protokolls über Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister vom 21. Mai 2003 sowie zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 166/2006 ist das Regierungspräsidium.

§ 3

Die Emissionserklärungsverordnung – Abwasser vom 15. November 2006 (GVBl. I S. 610)[1]) wird aufgehoben.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2013 außer Kraft.

Wiesbaden, den 22. September 2008

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Koch

Der Minister
für Umwelt, ländlichen Raum
und Verbraucherschutz
Dietzel

*) GVBl. II 800-59
[1]) Hebt auf GVBl. II 85-67

Zweite Verordnung zur Änderung der Meldedaten-Übermittlungsverordnung

Vom 22. September 2008

Aufgrund des § 43 Abs. 1 des Hessischen Meldegesetzes in der Fassung vom 10. März 2006 (GVBl. I S. 66) wird verordnet:

Artikel 1

Die Meldedaten-Übermittlungsverordnung vom 6. Juli 2006 (GVBl. I S. 427), zuletzt geändert durch Verordnung vom 6. Februar 2008 (GVBl. I S. 28), wird wie folgt geändert:

1. § 8 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
   a) Nr. 20 wird aufgehoben.
   b) Die bisherige Nr. 21 wird Nr. 20.
2. § 9 erhält folgende Fassung:

„§ 9

Automatisierter Abruf durch das Hessische Landeskriminalamt

Das Hessische Landeskriminalamt ist im Rahmen der ihm obliegenden Aufgaben zusätzlich berechtigt, zum Zwecke des Abgleichs mit den Daten der Personenfahndung und zum Zwecke der Löschung der Daten Verstorbener aus kriminalpolizeilichen Unterlagen und Dateien folgende personenbezogene Daten von Einwohnerinnen und Einwohnern automatisiert bei der in § 7 genannten öffentlichen Stelle abzurufen:

1. Familiennamen (jetziger und früherer Name mit Namensbestandteilen) 0101 bis 0104, 0201 bis 0204,
2. Vornamen 0301 und 0302,
3. Tag der Geburt 0601,
4. Geburtsort 0602 und 0603,
5. Anschriften (gegenwärtige und frühere Anschriften, Haupt- und Nebenwohnungen) 1201 bis 1206, 1208 bis 1213, 1215 bis 1221, 1223,
6. Sterbetag und -ort 1901 und 1904.“

3. § 11 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
   a) Satz 1 wird wie folgt geändert:
      aa) Nr. 20 wird aufgehoben.
      bb) Die bisherige Nr. 21 wird Nr. 20.
   b) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

   „Finanzämter sind unter der Voraussetzung des Satz 1 berechtigt, zusätzlich die Identifikationsnummer nach § 139b der Abgabenordnung (2701) von Einwohnerinnen und Einwohnern automatisiert bei der in § 7 genannten öffentlichen Stelle abzurufen.“
4. In § 12 Satz 2 Nr. 6 und § 13 Satz 2 Nr. 6 wird die Angabe „1201 bis 1210“ jeweils durch die Angabe „1201 bis 1206, 1208 bis 1212, 1215 bis 1221, 1223 bis 1231“ ersetzt.
5. § 14 Abs. 2 Nr. 4 erhält folgende Fassung:

   „4. Tag und Ort der Geburt 0601 bis 0603,“
6. Nach § 15 wird als § 15a eingefügt:

„§ 15a

Datenübermittlung an Rehabilitierungsbehörden

(1) Die Meldebehörde übermittelt automatisiert nach Maßgabe des Abs. 2 den für die besondere Zuwendung für Haftopfer nach § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes in der Fassung vom 17. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2665), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2904), zuständigen Behörden im Rahmen der ihnen obliegenden Aufgaben zur Überprüfung des Fortbestehens des Leistungsgrundes folgende personenbezogene Daten von Einwohnerinnen oder Einwohnern:

1. Vor- und Familiennamen 0101 bis 0106, 0301 und 0302,
2. frühere Namen 0201 bis 0204,
3. Anschriften (gegenwärtige und frühere Anschriften) 1201 bis 1206, 1208 bis 1212, 1215 bis 1221, 1223 bis 1231,
4. Tag des Ein- und Auszugs 1301 und 1306,
5. Tag und Ort der Geburt 0601 bis 0603,
6. Familienstand, einschließlich Tag und Ort der Eheschließung oder der Begründung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft 1401 bis 1403,
7. Übermittlungssperren 1801, Schlüssel 3 und 1802,
8. Sterbetag und -ort 1901 und 1904.

(2) Die Datenübermittlungen finden in Form eines Datenabgleichs statt. Die Leistungsträger übermitteln der Meldebehörde zum Zwecke der richtigen Zuordnung folgende Daten der Leistungsempfängerin oder des Leistungsempfängers:

1. Familiennamen (jetziger Name mit Namensbestandteilen) 0101 bis 0106,
2. frühere Namen 0201 und 0202,

*) Ändert GVBl. II 311-10

3. Vornamen 0301,
4. Tag und Ort der Geburt 0601 bis 0603,
5. Anschriften (gegenwärtige und frühere Anschriften) 1201 bis 1206, 1208 bis 1212."

7. Nach § 18a wird als § 18b eingefügt:

„§ 18b

Datenübermittlung an das Krebsregister

Die Meldebehörde übermittelt jährlich zum Zwecke des Datenabgleichs mit der Registerstelle nach § 1 der Verordnung zur Ausführung des Hessischen Krebsregistergesetzes vom 2. Januar 2007 (GVBl. I S. 7), automatisiert der Vertrauensstelle bei der Landesärztekammer Hessen nach § 5 Abs. 8 des Hessischen Krebsregistergesetzes vom 17. Dezember 2001 (GVBl. I S. 582), geändert durch Gesetz vom 4. Dezember 2006 (GVBl. I S. 647), folgende personenbezogene Daten aller Einwohnerinnen und Einwohner, bei denen sich der Name, die Anschrift oder das Geschlecht geändert haben:

1. Familiennamen (jetziger Name mit Namensbestandteilen) 0101 bis 0106,
2. frühere Namen 0201 bis 0206,
3. Vornamen 0301,
4. Vornamen vor Änderung 0303,
5. Änderung des (der) Vornamen(s) – Datum – 0304,
6. Geschlecht 0701,
7. Anschriften 1202 bis 1206, 1208 bis 1211."

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 22. September 2008

Der Hessische Minister
des Innern und für Sport

Bouffier

GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT FÜR DAS LAND HESSEN

TEIL II

Sammlung des bereinigten Hessischen Landesrechts

Gesetz- und Verordnungsblatt

Das Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen Teil II ist wieder lieferbar.
Die Loseblattsammlung des bereinigten Hessischen Landesrechts ist in sechs Ordnern mit über 5000 Seiten erhältlich.
Herausgeber ist das Hessische Ministerium der Justiz.
Es enthält alle gültigen Rechtsvorschriften des Landes Hessen.
Eine „Gliederung", das „Stichwortverzeichnis sowie das „Verzeichnis der geltenden landesrechtlichen Vorschriften nach Sachgebieten geordnet", in dem auch außer Kraft getretene Vorschriften aufgeführt sind, erleichtern die Handhabung des nach sachlichen Gesichtspunkten aufgebauten Werkes sehr.
Mehrmals im Jahr erscheinen Ergänzungslieferungen im Abonnement.

Gesetz- und Verordnungsblatt digital

Das Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen Teil II ist auch digital auf CD-ROM lieferbar.
Die CD des bereinigten Hessischen Landesrechts enthält alle Seiten der Loseblattsammlung.
Es enthält alle gültigen Rechtsvorschriften des Landes Hessen.
Eine „Gliederung", das „Stichwortverzeichnis sowie das „Verzeichnis der geltenden landesrechtlichen Vorschriften nach Sachgebieten geordnet", in dem auch außer Kraft getretene Vorschriften aufgeführt sind, erleichtern die Handhabung des nach sachlichen Gesichtspunkten aufgebauten Werkes sehr.
Eine integrierte Suchfunktion sowie ein verlinktes Inhaltsverzeichnis ermöglichen Ihnen den schnellen Zugriff auf benötigte Informationen.
Mehrmals im Jahr erscheinen Updates im Abonnement.

Bernecker Verlag

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort

Unterschrift

Ja, ich möchte das Gesetz und Verordnungsblatt Teil II als

○ Loseblattsammlung in sechs Ordnern	Euro 272,00
Ergänzungslieferungen pro Seite	Euro 0,075
○ CD-ROM-Gesamtausgabe für	
○ MAC ○ Windows	je Euro 272,00
Updates	je Euro 35,00
Bei gleichzeitigem Bezug der Loseblattausgabe:	
Gesamtausgabe	**Euro 105,00**
jedes Update	**Euro 27,50**

Bestellung bitte an: A. Bernecker Verlag,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen
Tel. (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 7 31-4 00

Absender: A. Bernecker Verlag GmbH
Unter dem Schöneberg 1
34212 Melsungen
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt

Herausgeber: Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden
Verlag: A. Bernecker Verlag GmbH,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 73 14 00
ISDN: (0 56 61) 73 13 61, Internet: www.bernecker.de

Druck: Bernecker MediaWare AG
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 73 12 89

Vertrieb und Abonnementverwaltung:
A. Bernecker Verlag GmbH, Unter dem Schöneberg 1,
34212 Melsungen, Tel.: (0 56 61) 7 31-4 20, Fax: (0 56 61) 7 31-4 00
E-Mail: aboverwaltung@bernecker.de

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Abbestellungen zum 31. Dezember müssen spätestens am 15. November schriftlich beim Verlag vorliegen. Fälle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung und dergleichen entbinden den Verlag von der Verpflichtung auf Erfüllung von Aufträgen und Schadensersatzleistungen.

Bezugspreis: Der jährliche Bezugspreis beträgt 58,53 EUR einschl. MwSt. und Versand. Einzelausgaben kosten bis zu einem Umfang von 16 Seiten EUR 3,83. Bei stärkeren Ausgaben erhöht sich der Preis um 3,06 EUR je zusätzlich angefangener 16 Seiten. Die Preise verstehen sich inkl. MwSt. und zzgl. Porto und Verpackung.

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen · Teil I

Sie brauchen Platz in Ihrem Archiv?

Wir erstellen Ihnen die Gesetz- und Verordnungsblätter der Jahrgänge ab 1995 bis 2007 im PDF-Format auf CD-ROM.

Preis pro CD **59,80** Euro

Bernecker Verlag

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort

Unterschrift

Ja, ich möchte das **Gesetz- und Verordnungsblatt** für das Land Hessen · Teil I – auf CD-ROM bestellen

- ○ Jahrgang 1995
- ○ Jahrgang 1996
- ○ Jahrgang 1997
- ○ Jahrgang 1998
- ○ Jahrgang 1999
- ○ Jahrgang 2000
- ○ Jahrgang 2001
- ○ Jahrgang 2002
- ○ Jahrgang 2003
- ○ Jahrgang 2004
- ○ Jahrgang 2005
- ○ Jahrgang 2006
- ○ Jahrgang 2007

Bestellung bitte an: A. Bernecker Verlag,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen
Tel. (0 56 61) 7 31-4 65, Fax (0 56 61) 7 31-4 00